

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

CDU will das Ende aller "TatKraft-Tage"

Von unserem Korrespondenten Wilfried Goebels

DÜSSELDORF. Opposition wirft NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eine illegale "Personality-Show" vor. Die nordrhein-westfälische CDU will die aus Steuermitteln finanzierten "TatKraft-Tage" von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) verbieten.



Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) besucht im Rahmen ihres Programmes TatKraft die Edelstahlzieherei in Wetter. Foto: dpa

CDU-Fraktionsvize Armin Laschet kündigte den Antrag auf einen "Sperrvermerk" im Haushalt an. CDU, FDP und Linke sehen in der Veranstaltung eine illegale "Personality-Show" für Kraft auf Kosten des Steuerzahlers.

Im Hauptausschuss sprach Laschet von "Trickserien" der Regierung und warnte Kraft vor einem Konflikt mit dem Parlament. Laschet hält es für rechtswidrig, dass eine SPD-Kampagne im Landtagswahlkampf 2010 aus dem Budget der Ministerpräsidentin fortgeführt wird. Die NRW-CDU hat den Bundestagspräsidenten gebeten, den Vorgang auf verdeckte Parteienfinanzierung zu prüfen.

Weitere Links



["TatKraft-Tage": Politische Grauzone](#)

CDU, FDP und Linkspartei hatten im Etat 2011 den Fonds der Landesregierung für Veranstaltungen um 250 000 auf 350 000 Euro gekürzt, um die "TatKraft-Tage" zu stoppen. Zwar hatte Rot-Grün im Entwurf 2012 die Kürzung fortgeschrieben.

Kraft hält aber an der Tour fest und streicht dafür andere Formate. Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) verwies auf die "Gewaltenteilung", die es der Opposition untersage, Details in Einzelplänen festzulegen.

In der hitzigen Ausschusssitzung sprach die FDP-Finanzexpertin Angela Freimuth am Donnerstag von der "Fortsetzung einer Parteiveranstaltung". Aus Sicht des Linken-Abgeordneten Rüdiger Sagel setzt sich Kraft mit dem "Ruch der verdeckten Parteienfinanzierung" über das Parlament hinweg.

Auch für die CDU hat Kraft "nur das Türschild umgehängt". CDU-Experte Christian Weisbrich forderte eine Prüfung durch den Landesrechnungshof. Die bisher zehn "TatKraft-Tage" haben 193 000 Euro gekostet.

Bei der Tour arbeitet Kraft einen Tag in Begleitung eines Fotografen in Betrieben und diskutiert anschließend über den Berufsalltag. Die Staatskanzlei betonte, dass die Gäste überparteilich ausgewählt werden. Aus Sicht der

Regierung handelt es sich um keine SPD-Veranstaltung.

Die SPD sieht einer Prüfung nach eigenen Angaben "gelassen" entgegen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) führe "Bürgertage" durch, die im Haushalt mit 1,5 Millionen Euro ausgewiesen seien, rechnete Finanzminister Walter-Borjans vor. "Merkel macht exakt das, was Hannelore Kraft macht."

Artikel vom 02.03.2012



Weitere Artikel aus der Rubrik

- **Staatsanwaltschaft durchsucht Privat-Haus** "Der Herr Bundespräsident a.D. ist kooperativ"
- **Eingriff an Herzklappe** Genscher wird operiert
- **JVA Bochum** Kutschaty räumt weitere Sicherheitspannen im Gefängnis ein
- **Sozialpolitik** Experte fordert mehr Hilfen zur Bekämpfung von Kinderarmut
- **Franz Meurer im Interview** Kölner Pfarrer spricht über Armut und was dagegen getan wird
- **Jugend in Bonn** Heißhunger auf gekochtes Gemüse
- **EU-Beitritt** Serbien muss noch warten
- **Generalvikariat Köln** Heße folgt auf Schwaderlapp
- **Bundesversammlung** Von Appelt bis Wortmann
- **Kommentar** EU-Beitrittskandidaten: Offene Türen?
- **Kommentar** Neues Punktesystem für Verkehrssünder: 8 statt 18
- **Kommentar** Euro, Parlament und die Verfassung: Macht und Mogeln
- Berliner Versprechungen
- **Eurozone in der Krise** Von Risiken und Abenteuern
- **Katholische Kirche** Schwaderlapp will anpacken
- Opposition: Merkel nach Athen-Entscheidung beschädigt
- Bundestag gibt grünes Licht für Griechenland-Paket
- Klarsfeld tritt bei Präsidentenwahl gegen Gauck an
- Mehr EU-Sanktionen gegen Syrien